

Nr. 16

17. April 2015 (Via/Koh)

Die gesellschaftlichen Kosten des Rauchens – auf einen Blick

Rauchen macht nicht nur krank, sondern belastet auch das Gesundheitswesen und die Volkswirtschaft finanziell in großem Ausmaß. Dr. Tobias Effertz von der Universität Hamburg hat die Kosten des Rauchens für Deutschland berechnet und in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Krebsforschungszentrum als Factsheet in der Reihe „Aus der Wissenschaft – für die Politik“ veröffentlicht. Demnach belastet das Rauchen die Sozialversicherungen enorm und verursacht jährlich einen finanziellen Schaden von rund 79 Milliarden Euro.

Tabakkonsum führt in Deutschland jährlich zum Tod von etwa 110.000 Menschen. Dies verursacht nicht nur großes menschliches Leid, sondern auch hohe Kosten. Für die Gesundheitspolitik ist es wichtig, auch den Wert des wirtschaftlichen Schadens, den das Rauchen verursacht, beziffern zu können. Denn dieser ist – neben dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung – ein weiterer Grund, präventiv einzugreifen und den Tabakkonsum durch Gesetze einzudämmen.

Die tabakbedingten Kosten setzen sich aus direkten und indirekten Kosten zusammen. Die direkten Kosten entstehen im Gesundheitssystem und beinhalten den Wert der Behandlung tabakbedingter Krankheiten durch Arzneimittel und medizinische Dienstleistungen (Operationen, Rehabilitationsmaßnahmen). Die indirekten Kosten umfassen die Produktionsausfälle, die der Volkswirtschaft durch das krankheitsbedingte Fehlen am Arbeitsplatz und durch verlorene Lebensjahre infolge des Tabakkonsums entstehen.

Nach den aktuellen Berechnungen des Hamburger Wirtschaftswissenschaftlers Dr. Tobias Effertz belaufen sich die tabakbedingten Kosten in Deutschland jährlich auf 79,09 Milliarden Euro. Sie setzen sich aus direkten Kosten in Höhe von 25,41 Milliarden Euro und indirekten Kosten von 53,68 Milliarden Euro zusammen. Als „intangibile“ Kosten des Rauchens bezeichnen Experten die immateriellen Kosten, die die eingeschränkte Lebensqualität der Raucher und das Leid der Angehörigen beziffern. Effertz schätzt sie auf 92,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Raucher belasten die Sozialversicherung deutlich mehr als Nichtraucher: Insgesamt kostet ein lebenslanger Raucher (ab dem Alter von 15 Jahren) die gesetzliche Krankenversicherung bis zu seinem Tod rund 90.000 Euro, eine lebenslange Raucherin dagegen 529.000 Euro. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern kommt durch die geringere Bezahlung und Erwerbstätigkeit der Frauen zustande. Die Kosten, die den Sozialversicherungen durch das Rauchen entstehen, verursachen Beitragserhöhungen. Diese werden jedoch nicht allein von den Kostenverursachern, den Rauchern, sondern auch von Nichtrauchern getragen – also auf die Allgemeinheit umverteilt.

„Die Zahlen belegen die dringende gesundheitspolitische Notwendigkeit, den Tabakkonsum zu senken – nicht nur aus Gründen des Gesundheitsschutzes. Das beste Mittel dafür ist eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuer. Denn Tabaksteuererhöhungen halten insbesondere Jugendliche vom Rauchen ab“, sagt Dr. Martina Pötschke-Langer vom Deutschen Krebsforschungszentrum. „Jeder Jugendliche, der nicht raucht, erweist seiner Gesundheit große Dienste und entlastet zudem die Kranken- und Rentenkasse erheblich.“

„Der faire Preis für eine Packung mit 19 Zigaretten, der die direkten Kosten kompensieren würden, läge etwa bei 7,80 Euro“, sagt Dr. Effertz. „Berücksichtigt man zusätzlich die

indirekten Kosten, müsste die Zigarettenpackung 11,30 Euro kosten.“ Einige Länder haben bereits durch hohe Besteuerung Preise in den hier vorgeschlagenen Dimensionen eingeführt: In Großbritannien kostet eine Packung Zigaretten etwa 8,10 Euro, in Norwegen 11,80 Euro. In beiden Ländern rauchen weniger als 20 Prozent der Bevölkerung. In Deutschland rauchen rund 28 Prozent.

Das Factsheet steht im Internet als Download zur Verfügung:

http://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/Informationen_zur_Tabakkontrolle.html

Das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) ist mit mehr als 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die größte biomedizinische Forschungseinrichtung in Deutschland. Über 1000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erforschen im DKFZ, wie Krebs entsteht, erfassen Krebsrisikofaktoren und suchen nach neuen Strategien, die verhindern, dass Menschen an Krebs erkranken. Sie entwickeln neue Methoden, mit denen Tumoren präziser diagnostiziert und Krebspatienten erfolgreicher behandelt werden können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krebsinformationsdienstes (KID) klären Betroffene, Angehörige und interessierte Bürger über die Volkskrankheit Krebs auf. Gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Heidelberg hat das DKFZ das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen (NCT) Heidelberg eingerichtet, in dem vielversprechende Ansätze aus der Krebsforschung in die Klinik übertragen werden. Im Deutschen Konsortium für Translationale Krebsforschung (DKTK), einem der sechs Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung, unterhält das DKFZ Translationszentren an sieben universitären Partnerstandorten. Die Verbindung von exzellenter Hochschulmedizin mit der hochkarätigen Forschung eines Helmholtz-Zentrums ist ein wichtiger Beitrag, um die Chancen von Krebspatienten zu verbessern. Das DKFZ wird zu 90 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zu 10 Prozent vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren.

Ansprechpartner für die Presse:

Dr. Stefanie Seltmann
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
69120 Heidelberg
T: +49 6221 42-2854
F: +49 6221 42-2968
E-Mail: S.Seltmann@dkfz.de

Dr. Sibylle Kohlstädt
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
69120 Heidelberg
T: +49 6221 42 2843
F: +49 6221 42 2968
E-Mail: S.Kohlstaedt@dkfz.de

E-Mail: presse@dkfz.de

www.dkfz.de